



Klappe halten? Nicht mit uns!



Foto: Elisabeth Schreiber

Inhalt

Hintergrund

- Big Tech – 2 –
- Klimakiller Deutsche Bank – 3 –
- Gegen die AfD? Sofort! – 4 –

Schwerpunkt

- Mogelpackung »Reichensteuer« – 5 –
- Verpasste Chancen bei der Rente – 7 –
- Angriff auf die Demokratie – 8 –

Kalender

- Rück- und Ausblick – 6 –

Aktiv

- Attac Sommerakademie – 9 –

Portrait

- Menschen in Attac – 10 –

Kiosk

- Attac-Basistext 65 – 11 –

Was haben ein Gesetz, das Bundesländern die Vergesellschaftung privater Wohnungen verbieten soll, die Beschneidung des Informationsfreiheitsgesetzes und die Idee einer Attestpflicht ab dem ersten Tag miteinander zu tun? Auf den ersten Blick nicht viel. Auf den zweiten offenbart sich eine autoritäre, obrigkeitstaatliche Haltung von Merz und Co gegenüber den Bürger*innen, die sich kurz auf den Punkt bringen lässt: »Klappe halten und arbeiten!«

Was fällt diesen Bürger*innen ein, Behörden mit Fragen auf Trab zu halten, genau wissen zu wollen, wer wann wo mit wem und wie – und dabei immer wieder politische Skandale aufzudecken, die schon so manche berufspolitische Karriere beendet haben? Wie kommen sie dazu, von ihrem direkt-demokratischen Recht Gebrauch zu machen und Entscheidungen zu treffen, die Regierenden und Wirtschaftsbossen den Schweiß auf die Stirn treiben? Und wieso,

verdammt noch mal, schleppen die sich nicht krank zur Arbeit? Dann hätten sie wenigstens keine Energie mehr, sich dauernd in ihre eigenen Angelegenheiten einzumischen. Man sieht es hinter Friedrich Merz' breiter Stirn regelrecht rumoren...

Und genau darum, weil viele (nicht alle) Berufspolitiker*innen (nicht nur der Union) so denken und handeln, ist eine starke demokratische Zivilgesellschaft, sind wir alle so wichtig. Doch die Wahrnehmung hart erkämpfter Rechte gilt in einer schwächelnden Demokratie nicht als wünschenswerte Mitgestaltung, sondern als bedrohlich. So könnte der erfolgreiche Berliner Volksentscheid »Deutsche Wohnen und Co enteignen« von 2021 in einer Neuauflage eventuell nicht mehr einfach ausgesessen werden. Und mit Hilfe des jetzt zur Disposition stehenden Informationsfreiheitsgesetzes könnten auch zukünftig viele pikante Hinter-

grundinformationen und handfeste Skandale ans Licht kommen. Wie sehr sich Katherina Reiche den Titel »Lobbyministerin« verdient hat, wie Jens Spahn seinen Maskendeal durchgezogen hat, wie Philipp Amthor sein Bundestagsmandat für private Profitinteressen genutzt hat – nichts davon wüssten wir ohne das Informationsfreiheitsgesetz. Diese Rechte, die jetzt gekippt werden sollen, sind wichtige zivilgesellschaftliche Hebel, um die Politik, die uns regiert, mitgestalten und kontrollieren zu können.

Darum mischen wir uns weiter ein – für ein gutes Leben für alle. Und am 26. September gehen wir gemeinsam mit Gewerkschafter*innen und vielen anderen Menschen gegen das sogenannte Reformpaket von Schwarz-Rot, gegen Sozial- und Demokratieabbau auf die Straßen! Klappe halten? Nicht mit uns!

Big Tech, der autoritäre Umbau und warum das alle angeht

Die Lochkarte und die Cloud

Die Lochkarte war aus Karton, 187 mal 82 Millimeter, und sie konnte sortieren. Die Deutsche Hollerith-Maschinen-Gesellschaft, eine Tochter der amerikanischen IBM, lieferte sie ab 1933 an das Reich: für Volkszählungen, Rüstungslogistik, Erfassungslisten. Die Technik sei neutral, hieß es. Sie zähle nur.

Neunzig Jahre später steht die Sortiermaschine nicht mehr im Statistischen Reichsamt. Sie steht in den Rechenzentren von Amazon, Microsoft und Google – und sie gehört einer Handvoll Männern, die aus ihrer Verachtung für die Demokratie kein Geheimnis mehr machen.

Peter Thiel, Milliardär, Palantir-Gründer und Förderer des amtierenden US-Vizepräsidenten, schrieb schon 2009, er glaube nicht mehr, dass Freiheit und Demokratie vereinbar seien. Sein Geschäftsführer Alex Karp verkündet im Manifest »The Technological Republic« die kulturelle Überlegenheit des Westens: Einige Kulturen hätten den Fortschritt ermöglicht, andere sich als rückschrittlich erwiesen; der »Versuchung eines leeren Pluralismus« sei zu widerstehen. Wo demokratische Verfahren zu langsam arbeiten, sollen digitale Infrastrukturen übernehmen. Man muss das nicht deuten. Es steht im Klartext da.

Wie das praktisch aussieht, ließ sich am 20. Januar 2025 besichtigen. Am Tag seiner zweiten Amtseinführung machte Donald Trump den reichsten Mann der Welt zum faktischen Leiter einer Behörde namens »Department of Government Efficiency«. Unter dem Etikett der Effizienz wurden Datenbanken zusammengeführt, Beamte auf Linientreue geprüft, Unliebsame entfernt. Der Philosoph Rainer Mühlhoff nennt das in seinem Buch »Künstliche Intelligenz und der neue Faschismus« beim Namen: faschistoide Methoden, die ihren historischen Vorbildern nicht gleichen – und gerade deshalb früh erkannt werden müssen. Er erinnert daran, dass schon der alte Faschismus die Verwaltung mit der modernsten Datentechnik seiner Zeit übernahm: Die Lochkarte, siehe oben.

Was geht uns das an, diesseits des Atlantiks? Alles. Dieselben Konzerne bestimmen längst, wie wir arbeiten, lernen, einkaufen und uns informieren. Deutsche Ämter schreiben ihre Akten in Microsoft-Programmen, Schulen unterrichten auf amerikanischen Plattformen, Krankenhäuser lagern Patient*innendaten in

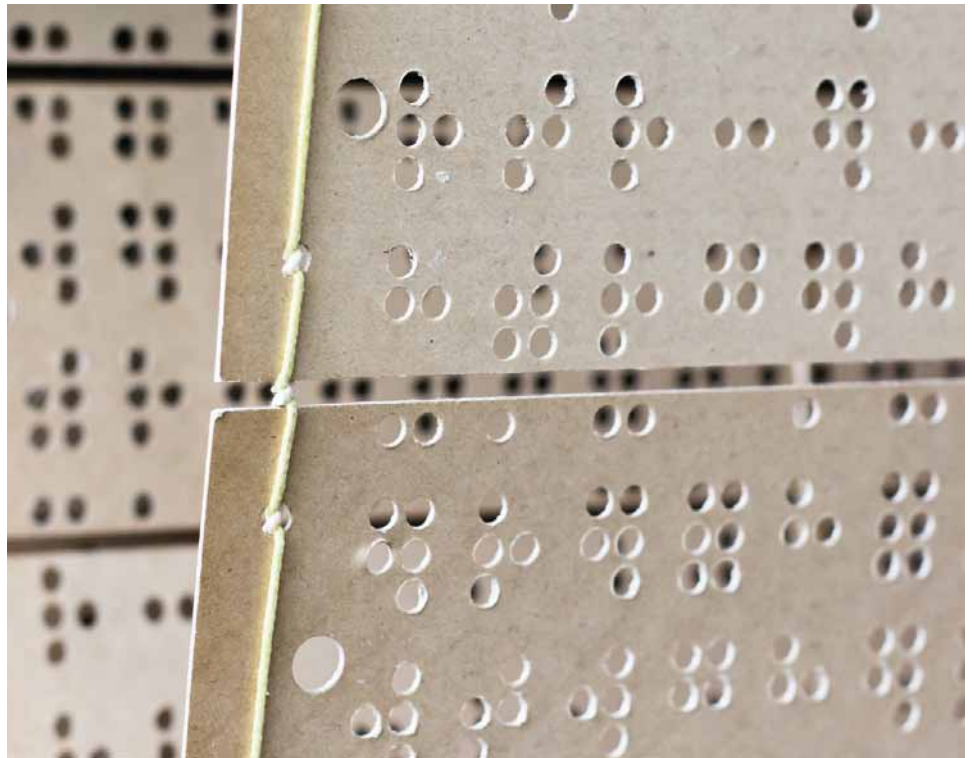


Foto: Frank Lindecke / Flickr / CC BY-ND 2.0

fremde Clouds aus. Was einmal Daseinsvorsorge hieß – Post, Wasser, Wissen –, heißt heute Geschäftsmodell. Wer die Infrastruktur besitzt, bestimmt die Bedingungen des öffentlichen Lebens. Die hessische Polizei schnüffelt seit Jahren mit Analysesoftware von Palantir – jener Firma, deren Chef den leeren Pluralismus beklagt. Und wer die Algorithmen kontrolliert, entscheidet mit, was wir für wahr halten, welche Nachricht uns erreicht und welche versickert. Die Übernahme von Twitter durch Elon Musk war kein Kauf, sondern eine Machtergreifung im Meinungsmarkt.

Das Bedrohliche daran ist nicht die Technik. Künstliche Intelligenz könnte Arbeit erleichtern, Wissen öffnen, Pflege und Klimaschutz stärken. Bedrohlich ist die Eigentumsfrage: dass über diese Werkzeuge eine kleine Gruppe verfügt, deren Vordenker die Demokratie für ein Auslaufmodell halten und den Staat durch »sorgende« Konzerne ersetzen wollen. Fürsorge, versteht sich, gegen Gebühr, ohne Wahlrecht und ohne Kündigungsfrist. Faschismus und Profitinteresse schließen einander nicht

aus; sie haben schon einmal gut zusammengearbeitet.

Es regt sich Widerstand. Die Kampagne »Beyond Big Tech« fordert, Macht über Daten und Technologie zu dezentralisieren und zu demokratisieren. Global Justice Now ruft zum Kampf gegen die »Big Tech Empires«. Die Forderungen liegen auf dem Tisch: Monopole entflechten, notfalls zerschlagen. Digitale Grundversorgung – Netze, Clouds, Basis-KI – in öffentliche, gemeinwohlorientierte Hand. Digitale Rechte als soziale Rechte begreifen. Dazu gehört, die europäische Abhängigkeit von den Konzernen planvoll zu verringern, statt sie in jedem Digitalpakt zu vertiefen. Das ist keine Maschinenstürmerei, kein Kulturpessimismus. Es ist die alte Machtfrage in neuem Gewand.

Die Lochkarte konnte nur sortieren. Was sortiert wurde, entschieden andere. Genau so steht's mit der KI. Die Frage war nie, was die Maschine kann. Die Frage ist, wem sie gehört.

Hugo Braun ist Journalist und hat Attac mitgegründet.

Großkapital investiert verstärkt in fossile Energien

Deutsche Bank: Finanzgeschäfte auf Kosten von Mensch, Klima und Umwelt



Foto: Philip Eichler

Am 23. Juni hat die Umwelt- und Menschenrechtsorganisation Urgewald auf der London Climate Action Week zusammen mit 28 Partnerorganisationen – darunter Attac – den aktualisierten Bericht »Banking on Climate Chaos« veröffentlicht.

Zentrales Ergebnis der umfassendsten öffentlich zugänglichen Analyse zu den institutionellen Investitionen in Unternehmen mit fossilen Aktivitäten: Die 65 größten Banken, Versicherungen und Investmentgesellschaften haben ihre Geschäfte mit fossilen Unternehmen 2025 erneut erweitert. Die größten Übeltäter gegen das Klima kommen erwartungsgemäß aus den USA, angeführt von Vanguard und Blackrock. Aber auch der staatliche norwegische Pensionsfond und die Schweizer UBS-Bank sind weit vorne in der Rangliste der schmutzigen Investments.

Während in diesem Sommer Südostasien und Europa von Hitzewellen heimgesucht werden, investieren die großen Kapitalanleger weiterhin in fossile Projekte wie die Erschließung von Öl- und Gasfeldern sowie in die dazugehörige Infrastruktur wie LNG-Terminals oder Kohle- und Gaskraftwerke. Sie verschärfen so die Krise auf Jahre hinaus, denn viele der Investmentpapiere haben eine Laufzeit von 25 bis 50 Jahren, und die neu implementierte Hardware wird über Jahrzehnte hinweg abgeschrieben.

Die größten fossilen Investoren in Deutschland sind die Deutsche Bank, gefolgt von der Allianz, Union Investment und der Deka Group. Allein diese Top vier machen knapp 90 Prozent sämtlicher fossilen Investitionen deutscher Vermögensverwalter aus. Die Deutsche Bank hat ihr Geschäft mit fossilen Unternehmen 2025 um fast 20 Prozent gesteigert. So beteiligt sie sich zum Beispiel an einem Kredit in Höhe von zwei Milliarden US-Dollar für die Vaca Muerta Oil Sur Pipeline in Argentinien. Die Pipeline soll Öl aus dem gewaltigen Vaca Muerta-Frackinggebiet im Norden Patagoniens an die Küste des San-Matías-Golfs transportieren. Noch bis 2022 stand dieser unter Schutz, doch inzwischen sind drei neue Öl- und Gasinfrastrukturprojekte geplant, auf Kosten der marinen Artenvielfalt vor Ort.

Die Deutsche Bank finanziert regelmäßig den Schweizer Rohstoffkonzern Glencore, der durch seine kanadische Tochter Elk Valley Resources das extrem zerstörerische Kohlebergbauverfahren »Mountaintop Removal« (MTR) anwendet, bei dem ganze Bergspitzen weggesprengt werden.

Regelmäßig macht die Deutsche Bank auch direkt Geschäfte mit großen Öl- und Gas-Konzernen wie TotalEnergies oder BP. 2024 war die Deutsche Bank mit fast 1,6 Milliarden US-Dollar weltweit größte Geldgeberin von BP.

Damit nicht genug, dealt die Deutsche Bank auch mit US-Konzernen, die Teil des fossilen Machtsystems von US-Präsident Trump sind. Einer davon ist der Ölkonzern Energy Transfer – jenes Unternehmen, welches derzeit versucht, Greenpeace USA mit einer Einschüchterungsklage finanziell zu ruinieren.

Der Bericht von Urgewald konstatiert aber auch Erfolge auf Druck der Zivilgesellschaft: Diverse Institute wie Europas drittgrößter Vermögensverwalter BNP Paribas, der französische Rückversicherer SCOR oder der niederländische Pensionsfonds PFZW haben ihre fossilen Geschäfte reduziert und geben keine neuen Kredite für fossile Investitionen. Hier haben offenbar der Druck der Zivilgesellschaft auf Aktionär*innen und Management sowie eine realistischere Risikoeinschätzung gewirkt.

Klar ist: In einer Klimakatastrophe wird es keine sicheren Pensionen, keine sicheren Ersparnisse und keine sicheren Erträge aus Investitionen geben. Es wäre also im Interesse aller, auch der Geldinstitute selbst, diesen Kollaps zu verhindern. Aber konkurrenzgetriebenes kurzfristiges Profitstreben verhindert zukunftsorientiertes Denken. Daher bleibt nichts anderes, als diese Institute und die von ihnen finanzierten Energiekonzerne unter gesellschaftliche Kontrolle zu stellen. Ihnen muss die Macht genommen werden, weiter durch profitgetriebene Investitionen in fossile Energie die Welt aufzuheizen.

Diese Investitionen sind Teil des fossilen Rollback, forciert von der Gas- und Ölindustrie und rechter Regierungen und Bewegungen. Ob er sich aber gegen eine ökologische Modernisierung auf Basis erneuerbarer Energien durchsetzen kann, ist noch offen. Weltweit wachsen die Erneuerbaren, nicht zuletzt aufgrund sinkender Preise. Attac ist Teil der Bewegung, die fossile Energie aus der Welt schaffen will.

Auf der Hauptversammlung der Deutschen Bank in Frankfurt hat Attac mit Urgewald und Greenpeace gegen die zerstörerischen Fossil-Investitionen der Bank protestiert. Filialen der Deutschen Bank gibt es in vielen Städten. Mit der Projektgruppe »Rohstoffenergiehunger stoppen!« wollen wir unseren Protest im Herbst öffentlichkeitswirksam vor viele Deutsche Banken tragen!

Achim Heier ist Mitglied der Attac-PG »Rohstoffenergiehunger stoppen!«

Der Angst entgegen

Gegen die AfD? Sofort!

Eine vierteljährliche Veröffentlichung wie der Attac-Rundbrief birgt ein systematisches Problem: Bei Themen, bei denen viel in Bewegung ist, muss Wochen bevor die Ausgabe im Briefkasten unserer Unterstützer*innen liegt entschieden werden, was zu diesem Zeitpunkt nicht nur wichtig, sondern auch Stand der Debatte und Dinge sein wird. Die erste Frage lässt sich nun ziemlich leicht beantworten: Ende August sind es nur noch wenige Tage bis zu den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, danach in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern. Dabei bestimmt die sogenannte Alternative für Deutschland den Diskurs über den möglichen Ausgang der Wahlen zumindest in den beiden Flächenländern, in denen die Wähler*innen ihre Stimme abgeben können. Hinsichtlich der zweiten Frage bestehen Ende Juli dagegen gewisse Unsicherheiten und noch eine (nach jetzigem Stand zugegebenermaßen sehr kleine) Hoffnung, die da lauten würde: Über den August ist etwas passiert, das den Wählenden die Unwählbarkeit der AfD deutlich vor Augen geführt hat. Es gäbe viele mögliche Ursachen hierfür, seien es zum Beispiel ein erneuter Beleg von Korruption und Vetterwirtschaft innerhalb der AfD oder eine so kraftvolle wie solidarische Antwort der Regierenden auf die in diesem Sommer voranschreitende Eskalation der Klimakrise, die allein in Europa die Existenz von Millionen bedroht.

Stand heute ist das – trotz zehntausenden Hitzetoten und verheerenden Bränden – leider nicht besonders wahrscheinlich. Die Bundesregierung hat sich ohne wahrnehmbare Erkenntnis der existenziellen Krise und stattdessen mit dem Bild eines veritablen Chaos in der Beschäftigung mit sich selbst in die Ferien verabschiedet. Mag sein, dass sich ihre Mitglieder nach etwas Urlaubszeit noch in die Wahlkämpfe in den drei ostdeutschen Bundesländern einbringen werden. Ob das vor Ort überhaupt goutiert wird, ist wiederum mehr als zweifelhaft: Bis jetzt ist die Regierung, vorsichtig gesagt, nicht dadurch aufgefallen, dass sie auf große Beliebtheit trifft, die realen Probleme der Menschen zügig löst oder auch nur den Anschein einer Idee für die Zukunft gesellschaftlichen Miteinanders in einer Zeit der multiplen Krisen sowie für deren Bekämpfung hat.



Foto: Attac

Vor diesem Hintergrund können wir uns nun tatsächlich nicht auf Regierende verlassen, wo es um die Bekämpfung mindestens einer der drei virulentesten Bedrohungen für eine menschenwürdige Zukunft geht – neben der realen Klimakatastrophe und einer vermutlich anstehenden Ausweitung von Kriegen sehen wir uns damit konfrontiert, dass Faschist*innen wieder an die Macht kommen könnten. Die Folgen beschreibt die gesicherte rechtsextreme sachsen-anhaltische AfD in ihrem Programm klar. Sie zielt unter anderem darauf ab, demokratische Institutionen umzubauen, Minderheiten systematisch und institutionell zu diskriminieren und Grundfreiheiten wie die der Wissenschaft, Kunst und Kultur einzuschränken. Es braucht jetzt tatsächlich uns alle. Und eine (Rück-)Besinnung, die zwei Teile umfassen muss:

Erstens können wir die Frage beantworten, weshalb sich immer mehr Menschen der AfD zuwenden. In Zeiten, in denen viele sich hilflos fühlen, schafft es ein großes Gefühl der Selbstwirksamkeit, auf Seiten der vermeintlichen Sieger zu stehen. Und als Sieger darf man sich fühlen, wenn die Bundesregierung nahezu jeder Forderung der AfD nachgibt, ohne dass diese auch nur in der Nähe realer Macht war.

Zweitens können wir uns nun selbst daran erinnern, dass auch wir immer dann stark waren,

wenn wir uns gemeinsam organisiert haben. Dabei ist es ein Vorteil, dass wir im Gegensatz zur AfD und ihrem Umfeld nicht bloß aus einem gemeinen, stressigen und letztlich in Hass gipfelnden Konkurrenzdenken gegen andere agieren, sondern dass wir (berechtigtem) Frust ein optimistisches Zukunftsmodell für menschliches Miteinander auch in Zeiten multipler Krisen entgegen setzen können: Wir können mehr! In der Solidarität miteinander, und darauf kommt es jetzt an – für alle. Dafür haben wir (im Gegensatz zu den Rechten) so wirksame wie nachhaltige Handlungsvorschläge, die sich sofort umsetzen lassen.

Bildet also Banden: In der Gruppe können wir unseren Vorschlägen Nachdruck verleihen. Wir können uns gegenseitig beraten und Schutz geben. Wir können Gegenmacht organisieren und Druck auf Politiker*innen ausüben, die mit der AfD zusammenarbeiten wollen. Und wir können Widerstand organisieren. Sollte die AfD in einem Bundesland an die Macht kommen, seid Ihr sicherlich nicht alleine – es wird Zehntausende geben, die nur darauf warten, dass eine*r zum Treffen einer neuen Gruppe einlädt. Auf einen Kaffee? Sofort, gegen die AfD!

Judith Amler ist Mitglied im bundesweiten Attac-Koordinierungskreis.

Zur geplanten Einkommensteuerreform

Mogelpackung »Reichensteuer«



Foto: Philip Eichler

Erstmal klingt es doch sehr erfreulich: die Bundesregierung plant in ihrem ansonsten von unsozialen Grausamkeiten strotzenden »Reformpaket« die Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer, der sogenannten »Reichensteuer«. Dieser Begriff suggeriert, dass Übereiche damit endlich stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen würden. Tatsächlich betrifft die Einkommensteuer jedoch vor allem Arbeitseinkommen; Gewinne aus Unternehmensanteilen oder Finanzanlagen sind davon nicht betroffen. Und diese bilden die zentrale Einnahmequelle der reichsten Menschen. Über 800.000 Menschen sind »Privatiere«, sie leben von den Einkünften ihres Vermögens, ihre Zahl wächst seit Jahren stark an. Über den Spitzensteuersatz können diese Reichen nur lachen, er betrifft sie genauso wenig wie die Beiträge zu den Sozialversicherungen, mit denen die arbeitenden Menschen ein Solidarsystem finanzieren, das etwa auch Mitversicherung von Familienangehörigen oder Waisenrenten trägt.

Die Bundesregierung verkauft ihre geplante Einkommensteuerreform als Entlastung für kleine und mittlere Einkommen. Doch das stimmt so nicht: Millionen Menschen mit sehr niedrigen Einkommen zahlen bereits heute keine oder kaum Einkommensteuer. Sie profitieren von einer Senkung der Einkommensteuer daher überhaupt nicht oder nur in geringem Umfang. Gerade jene, die unter steigenden Mieten, hohen Lebensmittelpreisen und wachsenden Lebenshaltungskosten am stärksten leiden, gehen weitgehend leer aus.

Es spricht gar nichts dagegen, vor allem in Anbetracht exorbitanter Managergehälter und Boni, Topverdienende stärker zu besteuern. Die geplante Erhöhung des Spitzensteuersatzes würde etwa drei Milliarden Euro jährlich einbringen. Doch die riesige Ungerechtigkeit in Deutschland lauert woanders. Hier hilft ein Blick auf den Gini-Koeffizienten, der die Ungleichheit innerhalb einer Gesellschaft misst: Ein Wert von 0 steht für vollständige

Gleichverteilung, ein Wert von 1 für maximale Ungleichheit, also eine Person besitzt alles. Während der Gini-Koeffizient für Einkommen in Deutschland bei 0,3 liegt, beträgt er bei der Vermögensverteilung 0,77 – einer der höchsten Werte in Europa.

Die Gründe hierfür sind, dass immer größere Summen vererbt werden innerhalb einer kleinen Gruppe und sich so Wohlstand in feudalistischer Art über die Generationen überträgt. Durch die Ausnahmen für Betriebsvermögen und unfassbare Steuerprivilegien für Überreiche, wie etwa die Verschonungsbedarfsprüfung, werden gerade sehr hohe Erbschaften kaum besteuert. Dazu kommt, dass die Vermögensteuer seit 1997 ausgesetzt ist, wodurch Vermögen ungebremst wachsen können, während Arbeit stark besteuert wird.

Eine echte Debatte über Steuergerechtigkeit müsste deshalb bei Erbschaft- und Vermögensteuern ansetzen, statt mit Begriffen wie »Reichensteuer« zu suggerieren, diese riesige Gerechtigkeitslücke ließe sich mit der Besteuerung von Arbeitseinkommen schließen. Zudem kommen die Einnahmen der Vermögensteuer, die beim Attac-Modell weit über 100 Milliarden jährlich betragen würden, laut Grundgesetz den Bundesländern zugute. Dort werden sie dringend gebraucht für Bildung, Soziales, Öffentlichen Verkehr und für die Kommunen, die unter leeren Kassen und Sparzwang ihren Handlungsspielraum verlieren.

Mit unserer Attac-Bundestagspetition für eine Vermögensteuer auf alle Vermögensarten, für die wir im Sommer letzten Jahres fast 70.000 Unterschriften übergeben haben, wurde das Thema im ganzen Land diskutiert; die Rückmeldungen der Menschen waren sehr positiv. Die Petition befindet sich nach der öffentlichen Anhörung im letzten Dezember in der parlamentarischen Prüfung und wir warten auf die Stellungnahmen der Fraktionen. Bis dahin sind wir weiter aktiv für eine gerechte Besteuerung großer Vermögen statt Augenschwermereien wie bei der »Reichensteuer«. Tax the Rich!

Julia Elwing ist aktiv in der AG Finanzmärkte und Steuern und Mitglied im Koordinierungskreis von Attac.



Lärmdemo gegen das Finanzinvestor*innentreffen »Super Return« in Berlin, Foto: Olga Blackbird



Attac-Kaffeewagen bei den Protesten gegen den Bundesparteitag der AfD in Erfurt, Foto: Stephan Kettner

Rückblick

22. Mai 2026

Aktionstage für eine starke Zivilgesellschaft

Gemeinsam mit dem bundesweiten Bündnis »Zusammen für Demokratie« hat sich Attac an den Aktionstagen »Zukunft für alle« mit verschiedenen Aktionen der Attac-Regionalgruppen beteiligt. Weltweit steht die Demokratie unter Druck und die Arbeitsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Organisationen werden eingeschränkt – keineswegs allein durch die AfD. Mit den Aktionstagen forderte das Bündnis mehr Unterstützung für das Ehrenamt: Es gibt keine Demokratie ohne starke Zivilgesellschaft, ohne gerechtes Wirtschaften und ohne soziale Sicherheit.

11. Juni 2026

Lärmdemo gegen

Finanzinvestor*innentreffen in Berlin

Unter dem Motto »Wir sind mehr wert als ihre Rendite!« hat Attac gemeinsam mit einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis gegen die in Berlin stattfindende Konferenz »Super Return« protestiert. Das Treffen der Finanzinvestor*innen gilt als das weltweit größte seiner Art. Mit der Lärmdemo prangerten die Demonstrierenden die Rolle großer Finanzinvestoren bei steigenden Mieten sowie die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge an. Die zentralen Forderungen waren eine stärkere Besteuerung großer Vermögen,

öffentliche Investitionen in Wohnen, Gesundheit und Bildung sowie eine Abkehr von fossilen und anderen gesellschaftlich schädlichen Geschäftsmodellen.

4. Juli 2026

Proteste gegen AfD-Parteitag in Erfurt

Attac hat sich gemeinsam mit dem breiten gesellschaftlichen Bündnis »Zusammenstehen« an den Protesten und Demonstrationen gegen den AfD-Parteitag in Erfurt beteiligt. Vor Ort unterstützte Attac mit einer Rede bei der Hauptkundgebung, einer Mahnwache, einem Kaffeewagen sowie einem Infostand. Demokratie lebt von Menschen, die aufstehen, mitgestalten und Verantwortung übernehmen. Gerade in Zeiten, in denen Hass, Ausgrenzung und Populismus lauter werden, ist die Stärke der Zivilgesellschaft von entscheidender Bedeutung. Es liegt an uns, eine Gesellschaft zu gestalten, die Vielfalt schützt, Menschenwürde achtet und Solidarität lebt.

4. bis 8. August 2026

18. Weltsozialforum im Benin

Im August ist die globale Zivilgesellschaft in Cotonou (Benin) zum 18. Weltsozialforum zusammengekommen. Aus Deutschland beteiligte sich eine der größten Delegationen seit über zehn Jahren – darunter auch Attac. Unter dem Motto »Eine andere Welt ist möglich« kamen Akteur*innen aus der ganzen Welt zusammen, um sich für Menschenrechte, eine

soziale und ökologische Weltwirtschaft sowie internationale Solidarität einzusetzen. Das Forum in Cotonou bot mehrere hundert Veranstaltungen und gemeinsame Proteste vor Ort. Durch Benin als Gastgeberland rückten insbesondere Perspektiven aus Westafrika in den Mittelpunkt.

Ausblick

Immer jeden dritten Montag im Monat

#isso-Webinar

- August: AfD-Verbot
- September: Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen
- Oktober: Degrowth und Postkapitalismus
- November: Künstliche Intelligenz – Wie funktioniert digitaler Kapitalismus?

Alle Informationen: attac.de/webinare

Save the Date

- 26. September: Sozialproteste in 15 Städten (siehe Seite 9)
- 2. Oktober: Unzwingbar – kein Bock auf Krieg und Wehrpflicht! Großkundgebung mit Konzert, Berlin
- 23. bis 25. Oktober: Attac-Herbstratschlag in Frankfurt am Main

Weitere Informationen und genaue Termine: attac.de/veranstaltungen

Zu den Empfehlungen der Alterssicherungskommission

Verpasste Chancen bei der Rente



Foto: Stefan Funke / Flickr / CC BY-SA 2.0

Wir erleben derzeit den wohl größten Angriff auf den Sozialstaat seit der Agenda 2010. Leistungskürzungen als »notwendige« Sparmaßnahmen sind vorgesehen im Gesundheitswesen, beim Elterngeld, beim Wohngeld, beim Unterhalt, bei den Asylsuchenden usw.

Wenn die vielseitig gelobten Empfehlungen der Alterssicherungskommission umgesetzt werden, dann kommt es auch bei der gesetzlichen Rente zu weiteren Einschnitten: Die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren soll abgeschafft werden, möglicherweise auch die Hinterbliebenenrente in der bisherigen Form; ein stärkerer demographischer Faktor wird ein weiteres Absinken des Rentenniveaus bewirken. Das Renteneintrittsalter soll an die Lebenserwartung gekoppelt werden.

Begründet wird der Reformbedarf mit drohenden Beitragssatzerhöhungen und dem Ziel, die Renten langfristig zu erhöhen. Der Finanzbedarf wird allerdings von der Kommission viel weniger dramatisch beschrieben als sonst üblich. Zum einen geht aus ihrem Bericht hervor, dass der Rentenbeitragssatz ohne »Reformen« bis 2040 doch nur moderat auf 21,1% steigen und zunächst dort verharren würde – 2024 ging die Regierung noch von über 22 % aus.

Zum anderen erkennt die Kommission ferner die Bedeutung des »Erwerbspersonenpotenzials« bei der Finanzierung der Renten an, und nennt auch »Zuwanderung« als eines der Mittel

zur bisherigen Schließung der »Boomerlücke«. Weitere Zuwanderung in den Arbeitsmarkt wie bisher – rund 200 000 Menschen pro Jahr – würde in der Tat die Einnahmenlücke der DRV bereits zur Hälfte schließen. Diesen Ansatz verfolgt die Kommission jedoch nicht konsequent. Sie schlägt nur Maßnahmen vor, wie das inländische Erwerbspotential, insbesondere das der Frauen und der Älteren, besser ausgeschöpft werden kann.

Eine sinnvolle Festlegung der Kommission ist die Anerkennung des Prinzips, dass alle Erwerbstätigen gesetzlich versichert sein sollten; das wäre immerhin ein kleiner Schritt in Richtung einer allgemeinen Bürgerversicherung. Aber auch hier wird der gute Ansatz verfehlt durch Ausnahmen für Freiberufler mit eigenem Versorgungswerk; sie sollen von der allgemeinen Versicherungspflicht befreit bleiben. Die Einführung der Beamtenschaft in die DRV wird auf ein vages Später verschoben, die Heranziehung von Kapitaleinkünften wie in der Schweiz verwirft die Kommission als systemwidrig. So sollen ausgerechnet die finanziell Leistungsstarken ihre Privilegien behalten.

Auch ein angeblich steigender Bundeszuschuss zur Rente wird oft zur Begründung des Sparens angeführt. Die Faktenlage ist jedoch anders: Ähnlich wie bei der Krankenversicherung übernimmt der Bund nicht alle von ihm »bestellten« versicherungsfremden Leistungen wie zum Bei-

spiel die Mütterrente, sodass in Wirklichkeit die Rentenkasse faktisch den Bundeshaushalt entlastet, nicht belastet – eine »versteckte Form der Besteuerung der Beitragszahlenden«, so die Kommission zurecht. Es geht um Staatskosten von »bis zu« 40 Milliarden Euro jährlich, die ausschließlich von den Sozialversicherten, also nicht von Selbständigen, Beamten oder Freiberuflern getragen werden. Wenn diese Leistungen tatsächlich von allen Steuerzahlenden übernommen würden – man darf ja träumen –, könnten die Rentenbeiträge allein dadurch um 2 Prozentpunkte sinken; das Reformziel wäre fast schon erreicht.

Das eigentlich markante und riskante Element des Reformpakets ist jedoch die Einführung einer Kapitalsäule innerhalb der gesetzlichen Rente. Das schwächt unmittelbar die bewährte umlagefinanzierte Rente, da die Lohnanteile, die an die Kapitalmärkte fließen, bei der umlagefinanzierten Rente nicht mehr zählen.

Man erhofft sich langfristig eine höhere Rente, weil man annimmt, dass die neuen Rentner-Kapitalist*innen von Gewinnen an den weltweiten Kapitalmärkten profitieren werden. Bis dahin soll ab 2032 ein staatliches Überbrückungsgeld die noch fehlende Rendite ausgleichen – billig für den Steuerzahler wird das nicht! Auch die Arbeitgeberinnen werden zunächst nicht entlastet, was ja eines der Ziele war. Sie müssen die Hälfte der Beiträge für die Kapitalanlage vorgesehene Lohnanteils beisteuern. Vermutlich werden sie versuchen dies bei Tarifverhandlungen ins Feld führen und einen Teil der Kosten abwälzen.

Ob die zukünftigen Rentner*innen von den Kapitalmärkten wirklich profitieren werden, ist fraglich. Auch bestehende Versorgungsfonds erfüllen die hochgesteckten Erwartungen nicht: Für den Pflegevorsorgefonds errechneten die »Wirtschaftsweisen« seit Auflage des Fonds 2015 eine Rendite von nur 2 Prozent.

Attac plädiert für echte Reformen bei der Rente, die unter Einbezug aller Einkommen eine solidarisch über Umlage finanzierte und wohlstandssichernde Rente für alle ermöglicht. Das wird durch die vorgeschlagene Reform nicht erreicht.

Joachim Braun ist aktiv bei Attac Düsseldorf und Mitautor der Attac-Basistextes »Rente statt Rendite«.

Schwarz-rotes Reformpaket

Angriff auf die Demokratie

Die Grausamkeiten sind in wohlklinge Worte verpackt: Wachstum schaffen, Arbeitsplätze sichern und den Zusammenhalt stärken. Das will die schwarz-rote Koalition angeblich mit ihrem Reformpaket, das obendrein – Überraschung – auch noch fair sein soll. Tatsächlich handelt es sich über weite Strecken um ein Programm zur Zerschlagung des Sozialstaates und von Arbeitnehmer*innenrechten (siehe Seiten 5 und 7). Doch damit nicht genug: Im Windschatten dieser Umverteilung von unten nach oben räumt die Koalition unter Bundeskanzler Friedrich Merz auch wichtige demokratische Rechte ab: Das Informationsfreiheitsgesetz soll massiv beschränkt und die Vergesellschaftung von privaten Mietwohnungen verboten werden.



Foto: Boris Loheide

Demokratierevolution per Gesetz

Auch wenn sein Name etwas sperrig klingt: Als das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) 2006 eingeführt wurde, bedeutete dies eine wahre Demokratierevolution. Zuvor galt in deutschen Behörden noch das Amtsgeheimnis. Akten waren geheim. Bürger*innen durften sie nur einsehen, wenn sie ein »rechtliches Interesse« hatten, etwa bei Bauanträgen. Mit dem IFG änderte sich das schlagartig. Seither gilt das Transparenzprinzip: Jede*r Bürger*in hat ein Recht auf Akteneinsicht – und zwar, ohne einen Grund angeben zu müssen. Und der Staat muss antworten; die wenigen Ausnahmen sind streng geregelt. Auch Attac hat bereits vom IFG Gebrauch gemacht: Nach der Aberkennung der Gemeinnützigkeit verlangten wir Akteneinsicht beim Bundesfinanzministerium. Doch das rückte nur einen Teil der Dokumente heraus. Attac klagte und gewann nicht nur den Rechtsstreit weitestgehend, sondern auch interessante Einblicke in die politischen Hintergründe.

Transparenz und Kontrolle adé

Vor allem aber ist das IFG für Journalist*innen und Vereine wie »Frag den Staat« ein wichtiges Instrument für ihre Recherchen, das geholfen hat, zahlreiche Skandale aufzudecken. Kein Wunder, dass CDU und CSU schon lange gegen es stänkern. Nun haben sie es geschafft, die SPD zieht mit. Künftig sollen

nur noch natürliche Personen Akten anfordern dürfen, die ein »berechtigtes Interesse« nachweisen. NGOs wären außen vor, die Arbeit von Journalist*innen würde massiv behindert. Die Kontrolle staatlichen Handelns, die notwendig für eine funktionierende Demokratie ist, würde drastisch beschnitten.

Schwarz-grün will Berliner Volksentscheid abwürgen

Einen Angriff auf die Demokratie bedeutet auch das geplante Verbot, Wohnungen zu enteignen. Denn damit will die Bundesregierung ganz offen den erfolgreichen Berliner Volksentscheid »Deutsche Wohnen & Co enteignen« von 2021 abwürgen und einen erneuten Anlauf verhindern. Dafür legt sie sich nicht nur mit dem Grundgesetz an, genauer mit Artikel 14 und 15, die die Enteignung und Vergesellschaftung zum Wohl der Allgemeinheit ausdrücklich erlauben. Sie beschneidet vor allem die demokratischen Rechte der Bürger*innen. Denn anders als im Bund sind in vielen Bundesländern Volksentscheide möglich – und zwar auch über so gewichtige Themen wie die Enteignung von Immobilien. Und siehe da, die große Mehrheit der Berliner*innen schloss sich vor fünf Jahren der Forderung nach Vergesellschaftung der Wohnungskonzerne an – zum Entsetzen vieler

Berufspolitiker*innen und der Wirtschaft. Seitdem hintertreibt der Berliner Senat die Umsetzung des rechtlich bindenden Votums. Darum hat die Initiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen« (DWE) im Herbst einen ausformulierten Gesetzentwurf erarbeitet, über den bei einem erneuten Volksentscheid am 20. September abgestimmt werden soll. Sollten die Berliner*innen sich auch diesmal für die Vergesellschaftung aussprechen, gilt das Gesetz direkt. Genau an dieser Stelle grätscht die Bundesregierung nun rein. Per Bundesgesetz will sie verhindern, dass der demokratische Wille der Berliner*innen (und womöglich künftig auch der Bürger*innen in anderen Bundesländern) Geltung bekommt. Ob sie damit politisch und juristisch – Stichwort Grundgesetz – durchkommen wird, bleibt abzuwarten. Die DWE jedenfalls hat bereits angekündigt, sich den Volksentscheid nicht klauen zu lassen. Und auch gegen die Beschneidung des Informationsfreiheitsgesetzes formiert sich großflächig Protest. Nur kurz nach Bekanntwerden der Koalitionspläne wandten sich bereits 134 zivilgesellschaftliche Organisationen – darunter Attac – öffentlich gegen die Koalitionspläne. Ihre Forderung: »Hände weg vom IFG!«

Frauke Distelrath ist Geschäftsführerin von Attac Deutschland.

Das Monster reiten!



Foto: Attac

... war das Motto der diesjährigen Attac-Sommerakademie vom 10. bis 12. Juli in Frankfurt. In über 20 Veranstaltungen machten sich mehr als 150 Menschen Gedanken zu Wegen aus der Vielfachkrise.

Das Eröffnungsplenum diskutierte nach Input von Klaus Dörre über die »Zeitenwende«: Wir befinden uns in einer ökonomisch-ökologischen Zangenkrise, in der weiteres Wachstum zur ökologischen Eskalation, Verzicht auf Wachstum aber vermeintlich zu sozialer Not führt. Was tun? Der fossile Rückschritt inklusive Investitionsstau für Zukunftstechnologie scheint gesiegt zu haben. Der Staat agiert nicht als »ideeller Gesamtkapitalist«, der langfristiges Überleben über kurzfristige Profite stellt. Diese Blockadesituation stärkt die Rechte.

Global setzt sich das Recht des Stärkeren durch, Völkerrecht ist tot. Deutschland und die EU beharren in zugespitzter Konkurrenzsituation auf alten Rezepten, nur noch mehr und noch schneller. Geopolitische Argumente legitimieren Handelsabkommen auch bei einem Teil derer, die sie aus guten Gründen bisher abgelehnt haben.

Innergesellschaftlich ist Daseinsvorsorge durch Privatisierung, Sparpolitik und Marktlogik geprägt. Sorgearbeit bleibt systematisch unsichtbar und abgewertet. Der professionelle Care-Bereich wächst, mit teureren Angeboten, was

soziale Spaltung vertieft. Bei Beschäftigten entwickelt sich aber gerade eine neue Widerständigkeit bei Kämpfen, wie im Klinikbereich.

Darum, »die Gesellschaft von der Sorge her zu denken« ging es auch am Samstag im Forum »Eine geschlechts- (und klassenlose) Gesellschaft«: Die Zweigeschlechterordnung hat verschiedene Ungleichheitsverhältnisse miteinander verschränkt. Wie schaffen wir eine Gesellschaft, in der Geschlecht keine soziale Ordnungskategorie mehr ist? Was ist nötig, um Geschlechterhierarchien zu überwinden in einer Situation, in der Gleichstellungspolitik kaum noch eine Rolle spielt und die AfD mit aggressiver antifeministischer Propaganda punktet? Schritte dorthin können die Überwindung der differentiellen Arbeitsteilung und eine andere Aufteilung von Sorgearbeit sein. Ermutigend ist, dass Streiks von Frauen weltweit zunehmen.

In den Workshops auf dieser SOAK ging es dazwischen um Themen wie Geld- und Handelspolitik, Vergesellschaftung, Eigentum und gesellschaftlicher Luxus, um Demokratie vor Ort, um Szenarien jenseits des Katastrophenkapitalismus und um Widerstand gegen die BigTech-Konzerne.

Das Abschlussplenum debattierte die Frage »Wie kommen wir rein in die solidarische Zukunft?«. Nafimane Hamukoshi aus Namibia machte deutlich, dass im Verhältnis Europas

Sozialproteste am 26. September Solidarität statt Sozialkahltschlag!

Aktuell orchestriert die Bundesregierung einen Angriff auf den Sozialstaat, gegen den die Agenda 2010 schon fast harmlos erscheint. Aber wir wehren uns – am 26. September in 15 Städten! Für diesen Tag ruft der Deutsche Gewerkschaftsbund zum Aktionstag – das wollen wir unterstützen, deshalb ist Attac natürlich dabei. Mit »Tax the Rich« ergänzen wir den Protest gegen den Sozialkahltschlag direkt mit einem konkreten Vorschlag, wo das Geld zur Finanzierung des Sozialstaats zu holen ist. Kommt mit!

Unter attac.de/sozialproteste werden wir die wichtigsten Infos dazu sammeln und regelmäßig ergänzen. Wir sehen uns!

zu Afrika Reparationen niemals geschichtliche Schuld aufwiegen können, aber Neuanfang ermöglichen. Dazu muss Handelsneokolonialismus und die Externalisierung von Lasten beendet werden. Sie wies beispielhaft am Erfolg der Open-Access-Zeitschrift »Journal of Social Justice« auf wachsendes Bewusstsein in ihrem Land hin. Bei all unserem »Pessimismus des Verstandes« mache Hoffnung, wie zum Beispiel Frauen in Afrika sich unter viel widrigeren Umständen wehren.

Einig war man sich darin, dass das Gegenteil nötig ist von dem, was die Bundesregierung uns zumutet. Zentral ist dabei die Eigentumsfrage, sprich, die Verfügung über die Produktionsmittel. Statt »Kommodifizierung« – alles wird zur Ware – brauchen wir einen »Infrastruktursozialismus« der Daseinsvorsorge, bei dem Gebrauchswert vor Tauschwert steht. Nur so ist die Klimakatastrophe noch zu verhindern.

Auch wenn diese Erkenntnis nicht neu ist: Sie kann Orientierung sein in einer Situation, wo Menschen auf Grund von Leistungsdruck, Unsicherheit, Enttäuschung und Ohnmachtsgefühlen ihr Leben autoritären Regimen überlassen wollen. Es gilt, den »Mensch als geologische Kraft« wieder zu entdecken, der von unten eine bessere Welt aufbaut.

Achim Heier ist Mitglied des Attac-Rates.

Menschen in Attac

»Ich gönne es den fossilen Konzernen nicht, dass sie gewinnen!«



Foto: Attac



Foto: Stephan Kettner

Viola Rüdele (33) lebt in Frankfurt. Sie ist Mitglied bei der Regionalgruppe Frankfurt und aktiv bei Klimattac sowie im Widerstand gegen die AfD. Wir haben mit ihr über ihren politischen Aktivismus und ihren Antrieb, immer weiterzumachen, gesprochen.

Viola, wie hast du dich politisch sozialisiert und wie bist du zu Attac gekommen?

Politisiert habe ich mich in meiner Studienzeit durch die hohen Umfragewerte der AfD bei der Europawahl. Daraufhin bin ich bei den Grünen eingetreten, weil mir Klimaschutz schon immer wichtig war. Diese Art des Engagements fand ich jedoch nicht so spannend, es kam mir sehr formalistisch und wenig aktivistisch vor. Nach meinem Umzug nach Frankfurt habe ich von der geplanten Rodung des Dannenröder Forsts gehört, der einer Autobahn weichen sollte, und mich dagegen engagiert. Über eine Freundin, die ich dabei kennengelernt habe, bin ich dann 2020 zu Attac Frankfurt gekommen.

Bei Attac engagierst du dich insbesondere im Bereich Klimaschutz und Verkehrswende. Was reizt dich an diesen Themen?

Beim Thema Verkehr finde ich den Widerspruch zwischen Klimaschutz und Verschärfung der Klimakrise so plastisch. An die Stelle

eines Waldes, der Schutz gegen die Hitze bietet, kommt eine Autobahn, die die Klimakrise weiter anheizt. Außerdem finde ich, dass wir beim Thema Verkehrswende etwas zu gewinnen haben, wenn es um schönere Innenstädte, weniger Lärm und bessere Luft geht. Hier haben wir gegen das Gefühl, dass alles nur noch schlimmer wird, positive Visionen anzubieten.

Was ist dir bei deinem Aktivismus wichtig?

Wichtig ist mir die Vernetzung der einzelnen aktivistischen Gruppen miteinander. Bei der Waldbesetzung des Fechenheimer Waldes haben wir deswegen mit Attac Frankfurt die verschiedenen teilnehmenden Klimagruppen zusammengebracht und eine gemeinsame Zusammenarbeit initiiert. Im Vordergrund stand dabei das gemeinsame Interesse, diese Autobahn zu verhindern. Wir haben in diesem Kontext 2023 das Buch »Wald statt Asphalt« veröffentlicht, für das ich einen Artikel zur Notwendigkeit der aktivistischen Netzwerkarbeit geschrieben habe.

Du hast als Attac-Rednerin auf der großen Bühne bei dem Protest gegen den AfD-Partei-tag in Erfurt gesprochen. Wie hängt klimapolitisches Engagement mit Widerstand gegen die AfD zusammen?

Mit der AfD wurde ich zunehmend konfrontiert, als die Klimaproteste von Fridays for Future durch das Migrationsthema überlagert wurden. Mir ist damals aufgefallen, dass es einen starken Zusammenhang zwischen der AfD und dem fehlenden Klimaschutz gibt. Die AfD bekämpft alles, was in Richtung Klimaschutz weist. Das Klima können wir daher nur dann schützen, wenn keine rechten Parteien regieren. Deswegen war ich mit Attac in Erfurt vor Ort. Die AfD darf nicht wie eine normale Partei aussehen, denn sie will eine solidarische ökologische Zukunft zerstören. In meiner Rede habe ich das Augenmerk besonders auf den Zusammenhang zwischen sozialer Frage und Klimapolitik gelegt. Hier unterscheidet sich Attac von vielen anderen Gruppen und Organisationen, die diese Themen eher isoliert behandeln. Die Klimakrise trifft die Menschen, die in Wohnungen ohne Klimaanlage im zehnten Stock leben, eben viel mehr als jene, die sich von ihrem Geld alles kaufen können und zusätzlich deutlich mehr CO₂ ausstoßen. Genau für diese reichen Menschen macht die AfD aber Politik. Deshalb sind Kampagnen zur gerechteren Steuerpolitik wie »Tax the Rich« dringend notwendig, um die AfD wieder kleiner zu machen.

In Zeiten wie diesen fällt es vielen Menschen schwer, den inneren Antrieb zum Widerstand gegen Rechtsruck und Klimakrise aufrechtzuerhalten. Wie gelingt dir das?

Mir fällt es auf jeden Fall sehr viel leichter, seit ich meine Social-Media-Kanäle gelöscht habe. Grundsätzlich gönne ich es den fossilen Konzernen einfach nicht, zu gewinnen, und werde alles dagegen tun. Ein großer Antrieb ist dabei die Frankfurter Regionalgruppe, in der ich aktiv bin. Das Teilen der eigenen Emotionen mit anderen hilft mir, das Weltgeschehen zu verarbeiten. So kann ich dann wieder aufatmen. Wichtig ist es mir, auch die kleinen Erfolge zu feiern und sich auf das zu konzentrieren, was man konkret verändern kann. Deswegen halte ich die Regional- und Kommunalebene für die richtige, um die Zivilgesellschaft und politisches Engagement zu stärken. Außerdem machen wir in unserer Gruppe auch häufig schöne Sachen wie ein Sommerpicknick oder eine Weihnachtsfeier, bei denen man mal abschalten kann.

Attac-Basistext 65

Den Abstieg ins Autoritäre stoppen!

Über den Neoliberalismus hinaus zu Autoritarismus und Faschismus



In immer mehr Ländern selbst des »demokratischen Westens« nehmen autokratische Regierungsformen zu. Eine Folge: Anstelle des Völkerrechts zählt inzwischen bei internationalen Konflikten vor allem das Recht des Stärkeren. Wie kann diese Entwicklung gestoppt werden?

Attac-Welthandelsexperte Roland Süß beschreibt in diesem Basistext die aktuellen handels- und

geopolitische Entwicklungen. Er fragt danach, warum eine globalisierte Welt an der Klimakrise und anderen drängenden Krisen und Herausforderungen dieser Zeit scheitert. Und warum gerade jetzt autoritäre und faschistische Verheißungen Hochkonjunktur haben.

Dabei sind es nicht nur die ökonomische und geopolitische Entwicklungen, die zunehmend ins Autoritäre führen. Auch eine nationalistische, autoritäre Identitätspolitik, die der eigenen völkischen Gemeinschaft Sicherheit verspricht, gewinnt an politischem Einfluss und erzeugt durch gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ein Klima der Angst. Damit sind Zerstörungen demokratischer Strukturen und der gesellschaftlichen Solidarität verbunden.

Ein anderer Weg bleibt möglich, diese Entwicklungen können aufgehalten und letztendlich gestoppt werden. Dafür müssen Gegenstrategien diskutiert und eine demokratisch-antifaschistische humanistische Perspektive verbreitet werden.

Roland Süß: Den Abstieg ins Autoritäre stoppen! Über den Neoliberalismus hinaus zu Autoritarismus und Faschismus, Attac-Basistext 65, 80 Seiten, 8,50 Euro

Der Attac-Basistext kann im Attac-Shop bestellt werden: online unter attac.de/shop oder telefonisch unter 069-900 281-10.

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:

Tel.: 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz.

Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.

Münchener Str. 48

60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-900 281-10

Fax: 069-900 281-99

E-Mail: info@attac.de

Produktion: Attac Trägerverein e. V.

Redaktion:

Judith Amler, Jule Axmann,

Frauke Distelrath, Achim Heier,

Albrecht Stöffler, Lena Zoll

V.i.S.d.P.: Frauke Distelrath

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.
Tel. 069-900 281-10
E-Mail: info@attac.de
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen.
Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!



Der CO₂-neutrale Versand
mit der Deutschen Post

Stoppen wir die Politik für Reiche!

Ende Mai veröffentlichte die Unternehmensberatung Boston Consulting Group ihre jährliche Vermögensanalyse, den »Global Wealth Report«: Die Zahl derjenigen Überreichen, die ein Vermögen von mehr als 100 Millionen Dollar besitzen, ist in Deutschland drastisch angestiegen. Innerhalb nur eines Jahres hat sich dieser ausgesprochen vermögende Personenkreis von 3.900 auf 5.000 Menschen vergrößert. Diesen 5.000 Menschen gehört mehr als ein Viertel des Finanzvermögens in Deutschland. Derweil befindet sich die Bundesregierung rund um Millionärskanzler Merz gedanklich in einem Paralleluniversum, in dem die Zeiten angeblich so schlecht sind, dass – leider, leider – bei denen gekürzt werden muss, die Unterstützung am nötigsten haben. Das

»Reform«paket der Bundesregierung spricht dabei Bände.

Geht es nach Merz und Co sind es nicht die riesigen Vermögen dieser 5.000 Menschen, ist es nicht die schreiende Ungerechtigkeit der immer weiter klaffenden Arm-Reich-Schere, die wir uns nicht mehr leisten können – nein, es ist der Sozialstaat, der geschreddert werden soll. Dabei sind in Deutschland bereits heute 13,3 Millionen Menschen arm oder von Armut bedroht. Und es werden noch mehr, wenn die Regierung bei ihrer Politik für Reiche bleibt. Dieser Politik der sozialen Kälte müssen wir einheizen, und dabei brauchen wir Unterstützung! Ganz leicht geht das unter attac.de/spenden oder mit dem hier angehängten Überweisungsträger. Herzlichen Dank!



Foto: Olga Blackbird

Hinweis

Attac ist auf Spenden angewiesen. Satzungsgemäß verfolgen wir gemeinnützige Zwecke. Dennoch ist uns die Gemeinnützigkeit entzogen worden, mit der Begründung, unser Engagement sei zu politisch. Dagegen haben wir Verfassungsklage eingereicht. Derzeit können wir leider keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

Mehr Infos dazu unter:
attac.de/jetzt-erst-recht

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in
Deutschland und
in andere EU-/EWR-
Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E. V.

IBAN

DE 57 43 06 09 67 08 00 10 08 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max. 27 Stellen)

ggf. Stichwort

RBF2603

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE